

2. Tagung 2. Landesparteitag

13.11.2010 Steinhaleben

Beschluss

(mit drei Stimmenthaltungen angenommen)

Für eine zukunftsfähige Seniorenpolitik in Thüringen

Seniorenpolitische Leitlinien der Partei DIE LINKE.Thüringen

**abgeleitet aus den seniorenpolitischen Standpunkten
„Für eine neue Kultur des Alterns und des Alters“
der Bundespartei**

Inhalt

1.	Anliegen unserer seniorenpolitischen Leitlinien in Thüringen	2
2.	Neues Bild des Alters und des Alterns	2
3.	Generationengerechtigkeit	3
4.	Kultur und Bildung	5
5.	Seniorenvertretungen	6
6.	Offene Seniorenarbeit	6
7.	Ehrenamtliches Engagement	7
8.	Barrierefreie Infrastruktur	7

9.	Arbeitsmarkt.....	8
10.	Rente	9
11.	Gesundheit.....	10
12.	Pflege.....	11
13.	Wohnen	12
14.	Sicherheit im öffentlichen Raum	14
15.	Zeugen der Zeitgeschichte	14
16.	Verhältnis zwischen Seniorinnen, Senioren und Partei	15

1. Anliegen unserer seniorenpolitischen Leitlinien in Thüringen

Wir Mitglieder der AG Senioren, selbst Angehörige der älteren Generation, haben mit diesen seniorenpolitischen Leitlinien unsere Positionen und Zielvorstellungen von vorausschauender und gerechter Seniorenpolitik beschrieben. In diesem Sinne engagieren wir uns schon hier und heute für politische, soziale und kulturelle Bedingungen, die allen Menschen auch im Alter ein selbst bestimmtes Leben in Würde ermöglichen.

Mit Sorge stellen wir jedoch fest, dass unsere Gesellschaft auf die Herausforderungen, die sich aus der niedrigen Geburtenrate, höherer Lebenserwartung und einem wachsenden Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung ergeben, nicht eingestellt ist. Ein anderer Ansatz in der Seniorenpolitik ist dringend notwendig, damit höheres Alter auch in Würde gelebt werden kann. Dabei ist für uns unstrittig, dass die Befriedigung der Ansprüche und Bedürfnisse der älteren Menschen nur im Kontext mit der gedeihlichen Entwicklung aller Generationen realisierbar ist.

Politik für ältere Menschen begreifen wir als Gegenwarts- und Zukunftsaufgabe, sowohl auf Landes- aber insbesondere auf kommunaler Ebene. Aufbauend auf den seniorenpolitischen Standpunkten „Die Würde des Menschen ist unantastbar – auch im Alter“ wollen die seniorenpolitischen Leitlinien des Landesverbandes einen Rahmen für das politische Handeln bei der Gestaltung und Begleitung des gesellschaftlichen Wandels in der Folge der demographischen Entwicklung setzen. Gleichzeitig sollen damit Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden, wie wir uns aktiv in den Prozess der umfassenden Veränderungen einer mitgestaltenden Partei einbringen können.

Seniorenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die in viele Politikfelder hineinreicht. Das bildet sich zum einen in diesen Leitlinien ab, in denen Ausführungen zu Bildung und Kultur, Arbeitsmarkt und Gesundheit ebenso zu finden sind wie solche zu Wohnen und Infrastruktur. Zum anderen bedeutet es, dass Seniorinnen und Senioren in all jenen Politikbereichen gehört werden und mitbestimmungsberechtigt sein müssen, die für ihr Leben relevant sind und dass Politikerinnen, Politiker und Fachleute ihren Blick weiten und die Ansprüche und Bedarfe von älteren Menschen von sich aus mitdenken müssen. Hier ist noch viel Bildungs- und Überzeugungsarbeit zu leisten.

Für DIE LINKE in Thüringen, ihre Vorstände und Mandatsträger erwächst daraus der Anspruch, alle ihre Handlungsspielräume zu nutzen, damit möglichst viele dieser Zielvorstellungen Wirklichkeit werden. Die AG Senioren ihrerseits hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Leitlinien ständig mit den Erfordernissen des Lebens in Übereinstimmung zu bringen, dafür die Alterswissenschaften stärker zu nutzen und für ihre Forderungen innerhalb und außerhalb der Partei nachhaltiger zu streiten. Unsere seniorenpolitischen Leitlinien unterbreiten wir anderen seniorenpolitischen Zusammenschlüssen sowie allen Bürgerinnen und Bürgern als Diskussionsangebot.

2. Neues Bild des Alters und des Alterns

Ältere Menschen werden in der Gesellschaft der Bundesrepublik, auch in Thüringen, noch zu wenig als aktive, mitverantwortlich handelnde Bürgerinnen und Bürger angesprochen. Das Interesse Älterer am gesellschaftlichen Engagement wird unterschätzt, so dass die Potenziale des Alters für die Gesellschaft nicht ausreichend zum Tragen kommen.

Die Gesellschaft braucht um ihrer Zukunft willen ein neues, verändertes Altersbild. Es ist falsch, das Alter lediglich als Makel und Defizit zu kennzeichnen und es automatisch mit hohen Kosten für Rente, Gesundheit und Pflege zu verbinden. Alter ist ein Lebensabschnitt mit eigenständigen Bedürfnissen, Ansprüchen, Vorstellungen und Erlebnismöglichkeiten. Alte Menschen sind heute gesünder und aktiver als früher. Ihre Lebenserwartung ist gestiegen und mit einem Zugewinn an aktiven Jahren verbunden. Biologen, Mediziner und Bevölkerungswissenschaftler gehen davon aus, dass sich dieser Prozess fortsetzen wird.

Sport und Bewegung gewinnen bei der älteren Generation immer mehr an Bedeutung – in den Vereinen, aber auch etwa in Fitness-Studios und privaten Bewegungsinitiativen. Für eine individuell gestaltete Betreuung der bewegungsfreudigen älteren Generation sind speziell ausgebildete Übungsleiter notwendig. Die Möglichkeiten, die etwa Turn- und Sportvereine bieten, sollten kooperativ zum Beispiel von Senioreneinrichtungen genutzt werden. Ziel muss es sein, ältere Menschen über auf sie zugeschnittene Sportangebote möglichst lange beweglich und deshalb gesünder zu erhalten. Sport ist Prävention und spart Kosten im Gesundheitssystem.

Alter, auch hohes Alter, wird überwiegend autonom gestaltet und gelebt. Altwerden und Altsein werden zunehmend nicht mehr als Sackgasse empfunden, sondern als Chance zur persönlichen Entfaltung verstanden. Die Linke tritt deshalb dafür ein, die aktive Rolle der älteren Menschen im gesellschaftlichen Leben stärker zu berücksichtigen. Wir lehnen jede Form von Altersdiskriminierung ab.

Daher fordert DIE LINKE:

Betriebe, Verwaltungen, Verbände und Vereine müssen sich der zukünftige Herausforderung stellen, die Schätze des Alters“ zu erkennen und zu nutzen. Um in Thüringen ein zeitgemäßes und differenziertes Altersbild zu entfalten und Selbstbestimmung, umfassende Teilhabe und Integration älterer Menschen zu gewährleisten schlägt die Senioren-AG vor:

1. Wir sind alle aufgefordert, uns für eine zeitgemäße Vermittlung eines zukunftsfähigen Altersbildes einzusetzen. Die Art und Weise, wie wir auf das Alter blicken und es beurteilen, vermitteln größtenteils bereits Elternhaus, Kindergarten und Schule. Familie, Kindergarten, Schule, Vereine, Verbände, Verwaltungen und Unternehmen sind daher von uns zu ermutigen, ihre bestehenden Altersbilder auf den Prüfstand zu stellen und jeweils ihren individuellen Beitrag für ein differenziertes Altersbild in der Gesellschaft zu leisten.
2. Das Image des Alters kann in den Kindergärten und Schulen im Rahmen der Umsetzung der Bildungspläne verbessert werden bis hin zur Vermittlung differenzierten Wissens über das Alter in den Lehrplänen.
3. Wir setzen uns ein für eine stetige Ergänzung der Aus-, Fort- und Weiterbildung um aktuelles Wissen über Altersprozesse für die Berufsgruppen, die mit älteren Menschen zusammentreffen und sich um deren Teilhabe und Pflege kümmern.
4. Wir achten verstärkt auf die Präsentation eines realistischen Altersbildes in unseren eigenen Mediendarstellungen.

3. Generationengerechtigkeit

Das gesellschaftliche Klima ist angesichts der sozialstaatlichen Verteilungsprobleme von einer Polarisierung der Beziehungen zwischen den Generationen als Folge der „neoliberalen Modernisierung“ fast aller Lebensbereiche geprägt. Für Jüngere wie Ältere gilt gleichermaßen: Zunehmende Armut existiert neben wachsendem Wohlstand und vermehrtem Reichtum. Stets muss es um einen fairen sozialen Ausgleich gehen. Deshalb unterbreitet die Linke ständig Vorschläge, um die sozialen Sicherungssysteme im Interesse aller Generationen sozial gerecht und zukunftsfähig weiter zu entwickeln. Generationengerechtigkeit erfordert, die Belange Jüngerer und Älterer bei allen politischen Entscheidungsprozessen gleichermaßen zu berücksichtigen, verlangt deren bewusste Integration in die Gesellschaft und die Anerkennung ihrer unterschiedlichen Bedürfnisse. Für Die Linke in Thüringen ist es ein wichtiges Anliegen in ihrem Wirken, das solidarische Zusammenleben von Älteren und Jüngeren konkret vor Ort und im Land zu fördern, den Generationenvertrag zukunftsfest auszugestalten und ihn als sozialgeschichtliches „Jahrhundertwerk“ – errungen durch das sozialpolitische Wirken vieler Generationen – nicht in Frage zu stellen oder gar aufkündigen zu wollen. Wir wenden uns gegen alle Versuche, Generationenkonflikte herbeizureden und warnen nachdrücklich vor einer derartigen Polemik.

Debatten über Generationengerechtigkeit betreffen nahezu ausschließlich die Beziehungen zwischen den Generationen. Erhebliche Gerechtigkeitsdefizite haben sich indes innerhalb der Seniorengeneration herausgebildet, die nicht weiterhin ausgeblendet bleiben dürfen. Seniorenpolitik muss auch hier in Theorie und Praxis konsequenter als Querschnittsaufgabe verstanden und gehandhabt werden. Das schließt die Wechselbeziehungen zwischen den Generationen ebenso ein wie das ressortübergreifende Zusammenwirken der Verwaltungen sowie die Erschließung und Bündelung regionaler Ressourcen.

Seniorenpolitik bleibt gegenwärtig noch zu oft auf Fragen der Alterssicherung und Pflegebedürftigkeit beschränkt. Es ist deshalb eine wichtige Aufgabe, älteren Menschen künftig noch größere soziale und politische Handlungsfelder zu eröffnen und so dazu beizutragen, den politischen Zusammenhalt und die Solidarität in unserer Gesellschaft zu stärken. Eine Erfolg versprechende Strategie für die Gestaltung der Zukunft setzt den Dialog der Generationen und ihre gleichzeitige Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben voraus.

Wir stehen dafür, in Streitgesprächen mit Jugendlichen, gemeinsamen Geschichtsprojekten, kulturellen und sportlichen Veranstaltungen die Solidarität zwischen den Generationen aktiver fördern.

Daher fordert DIE LINKE:

Das Generationenmiteinander kann mit der Bereitschaft aller Generationen gelingen, die jeweiligen Bedürfnisse, Erwartungen, Kompetenzen, aber auch generationenspezifische Belastungen und Probleme wahrzunehmen, dabei unterschiedliche Stärken und Schwächen zu erkennen und partnerschaftlich auszugleichen.

Deshalb schlägt die Senioren-AG vor:

1. Wir unterstützen generationsübergreifende Aktivitäten und Projekte in Gemeinden, Schulen, Seniorenbegegnungsstätten, Gemeinwesenprojekten – selbstorganisiert oder mit Ehrenamtsbörsen oder Seniorenbüros initiiert. Hierzu brauchen wir den Auf- und Ausbau von Orten, Alt-Jung-Arrangements und Gelegenheitsstrukturen, die Chancen für regelmäßige Begegnungen der Generationen ebenso bereithalten wie für bürgerschaftliches Engagement.

2. Erfolgreiche Beispiele sind Alt-Jung-Projekte, Mehrgenerationenhäuser, Wissens- und Ehrenamtsbörsen, Bürgerbüros, Zeitzeugenarbeit, Großeltdienste, Generations-Partnerschaften beim Mentoring für Existenzgründer, Internet-Begegnungsstätten sowie Erzählcafés.
3. Prägender Bestandteil unserer Seniorenpolitik ist ein generationsorientierter Ansatz, um gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen umfassend und generationsübergreifend zu gewährleisten und Generationsbeziehungen im Verbund mit Sozial-, Familien – und Bildungspolitik partnerschaftlich zu gestalten.

4. Kultur und Bildung

Thüringen ist ein Kultur- und Bildungsland, in dem die Angebote für alle Generationen und Bevölkerungsschichten zugänglich sein sollten. Neben kulturellen Angeboten wie Theater und Museen, Ausstellungen und Konzerten tragen auch Freizeit- und Sportangebote dazu bei, die soziale und kulturelle Teilhabe von älteren Menschen zu befördern und zu sichern.

Trotz tiefer Einschnitte in die kommunalen Haushalte gibt es vielerorts nach wie vor hervorragende kulturelle Angebote und Bildungsinstitutionen, die jedoch auf den Bedarf der älteren Generation hin überprüft und möglicherweise erweitert oder angepasst werden müssen. Dies betrifft sowohl die Art der Angebote, die Eintritts- oder Teilnahme-Kosten sowie ihre Erreichbarkeit. Entscheidend ist, dass sich Menschen vor Ort Gedanken darüber machen, welche Bildungsangebote von Älteren gewünscht werden, welche kulturellen Angebote für sie von Interesse sind, wie sie zu einer Veranstaltung hin – und auch wieder nach Hause – kommen können und ob die Angebote bezahlbar sind.

Im Sinne eines lebenslangen Lernens sind sowohl die klassischen Angebote wie Seniorenstudium und VHS-Kurse zu beachten als auch die Neuen Medien mit einzubeziehen, die für manche Menschen in höherem Alter über Weiterbildungskurse erschlossen und für andere über Breitbandnetze lediglich zugänglich gemacht werden müssen.

Daher fordert DIE LINKE:

Folgende Maßnahmen sind aus Sicht der Senioren-AG sinnvoll, um die Teilhabe an Kultur und Bildung, Freizeitmöglichkeiten und Sport in Thüringen auch im Seniorenalter zu ermöglichen:

1. Kommunale Bestandsaufnahme unter Einbeziehung der Seniorinnen und Senioren der Kultur-, Bildungs-, Freizeit- und Sportangebote, der Erreichbarkeit und Kosten der Angebote sowie ein Abgleich mit den Bedürfnissen der älteren Generation vor Ort.
2. Evtl. Schaffung neuer Angebote, die auf die ältere Generation abgestimmt sind unter Beachtung unterschiedlicher Ansprüche von Frauen und Männern. Hierzu zählt auch, die Angebote auf die zeitlichen Vorstellungen anzupassen und z.B. Theatervorstellungen früher anzubieten, damit die Menschen zu vernünftigen Uhrzeiten nach Hause kommen können.
3. Verbesserung des ÖPNV-Angebots v.a. für Seniorinnen und Senioren auf dem Land, damit sie die Angebote erreichen können.
4. Vernetzung und Bekanntmachung der Angebote über Druckerzeugnisse und kommunale Internetportale.
5. Versorgung des ländlichen Raumes mit Breitbandanschlüssen zur Sicherung der Internet-Nutzbarkeit von Bildungsangeboten.

5. Seniorenvertretungen

Mit dem steigenden demografischen Gewicht der Älteren ist die Frage ihrer politischen Teilhabe allmählich stärker in das öffentliche Bewusstsein gerückt, ohne allerdings den gesellschaftlichen Erfordernissen und Möglichkeiten zu entsprechen. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern haben sich bei uns qualitativ und quantitativ bedeutsame Interessengruppen von und für ältere Menschen erst relativ spät herausgebildet. Im Altenplan der Bundesregierung, der seit 1992 schrittweise ausgestaltet wird, ist vorgesehen, Mitbestimmung vor allem über kommunale Seniorenvertretungen zu realisieren. Deren Zahl hat in den letzten Jahren erfreulicherweise erheblich zugenommen, doch sind Rederecht, Mitsprache- und Mitbestimmungsmöglichkeiten sowie die finanzielle Bezuschussung in den Kommunen sehr unterschiedlich geregelt. Die Linke in Thüringen setzt sich mit einem Gesetz zur Stärkung der Interessenvertretung von Seniorinnen und Senioren für eine gesetzliche Verankerung der politischen Teilhabe der älteren Generation ein und will so eine effektivere Arbeit der Seniorenvertretungen in allen Kommunen ermöglichen. Es geht uns darum, bestehende Instrumentarien in der Seniorenarbeit verbindlicher zu machen und dem Mitspracheanspruch der ständig wachsenden Zahl der Älteren, die bereit sind, politische und soziale Verantwortung zu übernehmen, Gesetzeskraft zu verleihen.

Daher fordert DIE LINKE:

eine zukunftsorientierte Motivation älterer Menschen zur Mitgestaltung und Mitbestimmung zu fördern. Dafür bedarf es aus Sicht der Senioren-AG:

1. einer Schaffung flexibler Engagementmöglichkeiten in Vereinen, Verbänden und Projekten. Zeitlich flexible Projektbeteiligungen, befristete Aufgabenwahrnehmungen, sowie eine langfristige Bindung sollten zum Spektrum der Beteiligungsmöglichkeiten gehören;
2. des Ausbaus engagementfördernder Infrastruktur durch die Stärkung von Seniorenbüros, Seniorenbeiräten, Ehrenamtsbörsen, Selbsthilfekontaktstellen, die die Information und Vernetzung interessierter Einzelpersonen und Gruppen sicherstellen und Prozesse der Selbstaktivierung unterstützen;
3. einer weiteren Öffnung und Unterstützung der Verwaltungen für engagementbereite Bürger, indem zum Beispiel vorhabenbezogene Bürgerbeteiligungsprozesse sichergestellt werden;
4. einer Kultur der Motivation und öffentlichen Anerkennung sowohl für Engagement in der Öffentlichkeit, aber auch für solches, das im Verborgenen geleistet wird, wie z.B. bei der Nachbarschaftshilfe. Zur Würdigung vorbildlicher Projekte können Seniorentage beitragen, aber z.B. auch die Vergabe eines Altenhilfe- und Generationspreises.

6. Offene Seniorenarbeit

Ältere Menschen müssen in ihren unterschiedlichen Lebens- und Bedürfnislagen wahrgenommen werden. Das stellt insbesondere an den Bereich der offenen Seniorenarbeit erweiterte und neue Anforderungen. Der besondere Anspruch besteht darin, den differenzierten Bedingungen einer heterogenen Generation von jungen Alten, Alten und Hochaltrigen zu entsprechen und darüber hinaus Differenzierungen zwischen

Ärmeren und Reicheren, Gesunden und Kranken, Ehepaaren und Alleinstehenden, Bewohnern in Stadt und Land zu berücksichtigen. Zeitgemäße soziale Seniorenarbeit muss sich am Anspruch und an den Rechten älterer Menschen orientieren und diese Rechte offensiv vertreten. Sie knüpft an das an, was für ältere Menschen sinnvoll und handlungsbedeutsam ist.

Daher fordert DIE LINKE:

nachfolgende Förderungen in der nachberuflichen Lebensphase:

1. von Interessenorganisationen der Seniorinnen und Senioren,
2. selbst organisierter Gruppen, die der Bildung, der Geselligkeit und/oder der Hobbypflege dienen sowie
3. aller Formen der Senioren-Selbsthilfe, also von Initiativen, die sozial nützliche Aktivitäten für sich und andere organisieren.

7. Ehrenamtliches Engagement

Es ist unerlässlich, dass sich die Rahmenbedingungen für die politische Teilhabe der Seniorinnen und Senioren deutlich verbessern und die damit verbundenen Chancen von den Älteren auch wahrgenommen werden.

Wir erheben entschieden unsere Stimme gegen den derzeit erlebbar werdenden Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung. Gleichwohl wird immer klarer: Die neuen Herausforderungen einer alternierenden Gesellschaft und ihre altersgerechte Gestaltung können allein mit den Mitteln eines fürsorgenden Wohlfahrtsstaates nicht zufrieden stellend gelöst werden. Seniorenpolitik muss künftig noch stärker auf Eigeninitiative und Selbsthilfe, auf freiwilliges und ehrenamtliches Engagement setzen. Dafür sind die erforderlichen gesellschafts- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen im Sinne einer wirklichen Zivilgesellschaft erst noch zu schaffen.

Der Anspruch auf mehr Mitbestimmung bei relevanten, die Seniorinnen und Senioren betreffende Entscheidungen, ist eine zentrale Frage gesellschaftlicher Teilhabe. Ehrenamtliches Engagement in Seniorenzusammenschlüssen, Wohlfahrtsverbänden und anderen gesellschaftlichen Organisationen wie auch Nachbarschaftshilfe, Unterstützung der Kinder und Betreuung der Enkel muss höhere gesellschaftliche Anerkennung erfahren und durch aktivierende Rahmenbedingungen abgesichert werden. Ehrenamtliches Engagement als Ersatz für den Rückzug des Staates aus sozialer Verantwortung lehnen wir ab.

8. Barrierefreie Infrastruktur

Die Linke setzt sich für einen barrierefreien, ungehinderten Zugang zu allen gesellschaftlichen Bereichen ein. Ältere Menschen, die in stärkerem Maße als Jüngere von gesundheitlichen Beeinträchtigungen betroffen sind, dürfen nicht durch Hindernisse jedweder Art in ihrer Teilhabe am öffentlichen Leben und in ihren Entfaltungsmöglichkeiten behindert werden. Eine behindertengerechte Gestaltung von öffentlichen Einrichtungen und Behörden, der Wohnumwelt, von öffentlichen Verkehrsmitteln, Gesundheits-, Kultur- und Bildungseinrichtungen etc. liegt im Interesse aller Menschen und insbesondere der älteren Generation.

Barrierefreiheit ist jedoch mehr als Veränderung der baulichen Substanz. Der Einbau von Aufzügen und die Überwindung von Schwellen in Wohnungen, Gebäuden und Verkehrsmitteln ist eine zentrale Voraussetzung der gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Nicht weniger wichtig sind jedoch die Sicherung der Kommunikationsfähigkeit, die Erreichbarkeit von ärztlicher Versorgung, Kultur, Einkaufsmöglichkeiten und der Abbau sozialer Schwellen.

Daher fordert DIE LINKE:

1. Dort, wo es nötig ist, muss die Infrastruktur (Verkehr, Gebäude, etc.) weiter barrierefrei ausgebaut werden. Dies betrifft sowohl den Einbau von Aufzügen und Rampen in öffentlichen Gebäuden, die Vermeidung zusätzlicher Bewegungshemmnisse wie Katzenkopflaster in Innenstädten, als auch die längere Grünschaltung von Fußgänger-Ampelphasen, um Menschen mit Gehbehinderungen, Rollator oder Rollstuhl die Möglichkeit zu geben, unbeschadet die Straßen zu überqueren.
2. Entscheidend ist zum einen, dass beispielsweise Arztpraxen für Menschen mit Gehhilfen und Rollstühlen erreichbar sind. Gleichzeitig müssen sie aber auch dort sein, wo die Menschen leben. Selbst wenn Busse und Bahnen mit Niederflurtechnik ausgestattet sind, fahren sie nicht überall und zu jeder Zeit. Deswegen ist es notwendig, dass die Infrastruktur im unmittelbaren Wohnumfeld der Menschen erhalten bleibt, gleichgültig, ob sie in der Stadt auf dem Land leben.
3. Zur Erhaltung der Kommunikationsfähigkeit ist es notwendig, dass alle ländlichen Räume mit Breitband-Internet-Zugang ausgestattet sind. Wichtig ist aber auch, dass zunehmend mehr Internet-Seiten, aber auch Produkte des täglichen Bedarfs barrierefreier – also vor allem lesbarer und handhabbarer – werden. Bedienungsanleitungen, die zum Verständnis eines Hochschulstudiums bedürfen, sind hier nicht hilfreich.
4. Jüngere Menschen, auch solche in den sog. mittleren Jahren, sind nicht immer in der Lage, sich auf die Bedürfnisse älterer Menschen einzustellen. Das kann bedeuten, dass ihnen beim Arzt nicht genügend Zeit gewidmet wird, dass ihnen Unwilligkeit entgegen gebracht wird, wenn ihr Hörvermögen nachgelassen hat, dass sie dort, wo sie akute Hilfe beim Einkaufen oder auf der Straße brauchen, allein gelassen werden. Gleichzeitig müssen diejenigen, die diese Hilfe brauchen, dies auch ihrerseits kundtun und Verständnis für jüngere Generationen aufbringen. Nur gemeinsam können Verhaltensänderungen erreicht und soziale Schwellen abgebaut werden.
5. Schaffung von Kommunikationsorten in der alltäglichen Umgebungswelt der Seniorinnen und Senioren wie z.B. Sitzgruppen in Kaufhallen, auf öffentlichen Plätzen, in Wohnsiedlungen oder auch Einrichtung von Nachbarschaftscafés und Generationentreffs.

9. Arbeitsmarkt

Wir wollen, dass ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder Chancen auf einen Arbeitsplatz haben. Es muss verhindert werden, dass sie weiterhin gezielt aus der Erwerbsarbeit herausgedrängt werden. Die Situation für ältere Thüringer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist noch schlechter als die im Bundesdurchschnitt. In Deutschland sind nur 39 % der Menschen im Alter von 55 bis 65 Jahren in der Erwerbsarbeit. In Thüringen sind gegenwärtig nur 25,86 % der Menschen im Alter von 50 bis 60 Jahren in der Erwerbsarbeit, bei den über 60-Jährigen sind es sogar nur 4,0 %. Im Alter von 64 Jahren weisen Män-

ner in Thüringen eine Erwerbstätigenquote von 28 % und Frauen lediglich eine Quote von 14.5 % auf. Um dies zu verbessern, ist u.a. sicherzustellen, dass die alternden Erwerbspersonen durch Weiterbildung in ihrer bisherigen beruflichen Tätigkeit ausreichend qualifiziert bleiben. Auch für die nachberufliche Lebensphase sind für die Menschen ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Wir sprechen uns dafür aus, dass ältere Menschen in zunehmendem Maße Computer und Internet nutzen, da die neuen Techniken kommunikations- und aktivitätsfördernd wirken.

In vielen Firmen ist heute über externe Beratung teuer bezahltes Wissensmanagement notwendig geworden, da Unternehmen ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlassen, anstatt den Wissenstransfer von Älteren zu Jüngeren zu organisieren. Die Linke fordert deshalb von der Landesregierung und der Wirtschaft Initiativen, die den Anteil älterer Arbeitnehmer in Erwerbsarbeit wieder erhöhen. Hier sind private und öffentliche Unternehmen in der Pflicht, sich nicht länger zu Lasten der Versicherten aus dem Topf der gesetzlichen Rentenkassen zu bedienen, um selbst Kosten einzusparen.

Eine zielgerichtete Integration älterer Beschäftigter in die Arbeitswelt unterstützt den gesellschaftlichen Mentalitätswandel, um Vorurteile und Voreingenommenheiten gegenüber dem Alter in Gesellschaft und Wirtschaft wirkungsvoll abzubauen und den Wert von Kompetenz und Erfahrung neu zu gewichten.

Daher fordert DIE LINKE:

1. Stärkere Integration von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt sowie Verbesserung ihrer Qualifikation zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit.
2. Beseitigung bestehender Altersvorurteile am Arbeitsplatz oder Altersbarrieren bei Wiedereintritt in eine Erwerbstätigkeit sowie ein Programm, das ältere Beschäftigte
 - durch regelmäßige und qualifizierte Fort- und Weiterbildung unterstützt
 - ihnen gezielten Arbeitsschutz, eine präventive Arbeitsgestaltung und
 - flexible Arbeitszeiten bietet.
3. Sensibilisierung der Unternehmen für das Erfordernis eines ganzheitlichen Gesundheitsmanagements, das sowohl den physiologischen als auch den psychologischen Einflussgrößen Rechnung trägt.
4. Sensibilisierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für ihr eigenes Älterwerden mit dem Ziel der Stärkung individueller Präventionsbereitschaft.

10. Rente

Die Linke fordert eine solidarische, sozial gerechte und zukunftsfähige Rentenversicherung als wichtige Voraussetzung dafür, dass die Seniorinnen und Senioren ihr Leben ohne materielle Sorgen selbstbestimmt und in Würde führen können.

Wir halten es für dringend geboten, der jüngeren Generation für deren Alterssicherung verlässliche Perspektiven zu bieten und nicht auf eine ungünstige demographische Entwicklung vor allem mit Kürzungen in den Alterssicherungssystemen zu reagieren. Es kann keine Rede davon sein, dass es allen Rentnern gut ginge und sie deshalb Opfer bringen könnten. Ein solch pauschales Herangehen ist nicht nur oberfläch-

lich, sondern auch nachteilig für den sozialen Frieden, weil es die Anhäufung der Belastungen für die ältere Generation ignoriert. Wir sind entschieden dagegen, die Nettorentenzahlbeträge bei Rentnerinnen und Rentnern weiter abzusenken. Die gesetzliche Rente stellt für 93 % der Rentnerinnen und Rentner im Osten das einzige Alterseinkommen dar. Für sie sind selbst „Nullrunden“ bei der Rente reale Einkommensverluste. Besonders spüren das diejenigen, bei denen die jährlichen Rentenanpassungen durch das Abschmelzen der Auffüllbeträge seit 1996 zu keinen höheren Zahlbeträgen geführt haben. Gleichzeitig existieren Ungerechtigkeiten wie die Benachteiligung von Frauen weiter, die in der DDR geschieden wurden.

Daher fordert DIE LINKE:

1. Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West.
2. Klärung noch offener Fragen bei der Überführung von Ansprüchen und Anwartschaften des Rentenversicherungsrechts der DDR in gesamtdeutsches Recht.
3. Rücknahme der Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre.
4. Einbeziehung weiterer Erwerbstätiger in die Rentenversicherung.
5. Schrittweise Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze.
6. Erhöhung bzw. Erhalt des staatlichen Zuschusses in die Versicherung für Arbeitslose, Arbeitslosengeld-II-Empfänger und rentenfremde Leistungen, um die Rentenversicherung auf solide finanzielle Basis zu stellen..
7. Stärkung des Rentenanspruchs für Frauen und Ende der Diskriminierung von in der DDR geschiedenen Frauen.
8. Subventionierung des Solidarausgleiches
9. Sicherung existenzsichernder Einkommen, um künftige Altersarmut zu verhindern.

11. Gesundheit

Bewahrung und Wiederherstellung der Gesundheit sind Hauptvoraussetzungen für eine selbstbestimmte Lebensführung und Lebensqualität. Rechnung zu tragen ist der Tatsache, dass mit zunehmendem Alter die Wahrscheinlichkeit von Einschränkungen der Funktionsfähigkeit, Pflegebedürftigkeit und die Notwendigkeit von Unterstützung bei der Bewältigung des Lebensalltags deutlich zunimmt. Wir fordern auch für Seniorinnen und Senioren einen uneingeschränkten Zugang zu medizinisch-ärztlicher Behandlung und Betreuung, verbunden mit verständnisvoller Zuwendung und qualifizierter Sozialarbeit. Leistungskürzungen oder -begrenzungen bei der medizinischen und pflegerischen Versorgung älterer Menschen lehnen wir entschieden ab.

Zwingend notwendig sind höhere Investitionen in die geriatrische Forschung, Aus- und Weiterbildung. Der wachsende Anteil älterer, insbesondere hochbetagter Menschen an der Gesamtbevölkerung und die Sicherung ihrer medizinischen Versorgung erfordern eine deutliche Aufwertung der Geriatrie (Altenheilkunde). Die geriatrische Rehabilitation ist auszubauen.

Der Früherkennung und Frühbehandlung von Alterskrankheiten ist besondere Beachtung zu schenken. Behandlungs- und Therapiemethoden sind sowohl in der akuten, präventiven und rehabilitativen Medizin wie in der pflegerischen Versorgung altersgerecht auszurichten. Das gilt insbesondere für technische Hilfsmittel.

Die altersgerechte Gesundheitsversorgung ist durch Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung nachhaltig finanzierbar zu machen. Wir fordern die Rückkehr zum Grundsatz der entgeltbezogenen, paritätischen Beitragsfinanzierung. Zuzahlungen, Praxisgebühren, Leistungsausschluss in der Krankenversicherung, die insbesondere Menschen mit geringen Einkünften, Rentnerinnen und Rentner treffen, sind rückgängig zu machen.

Die Erhaltung der Gesundheit ist immer auch eine persönliche Verpflichtung jeder und jedes Einzelnen - individuelle Realisierbarkeit vorausgesetzt. „Eigenverantwortung“ als Vehikel für ständig höhere Zuzahlungen lehnen wir konsequent ab. Die Rechte der Patientinnen und Patienten sind zu stärken!

Ein Sterben in Würde erfordert den weiteren Ausbau einer wirksamen Schmerztherapie, insbesondere der Palliativmedizin. Hochwertige, ambulante und stationäre Hospizleistungen sind bedarfsgerecht bereitzustellen. Wir fordern eine kritische Evaluation der gesetzlichen Regelung für Patientenverfügungen sowie eine humanistische Weiterentwicklung dieses Gesetzes.

Daher fordert DIE LINKE:

insbesondere aus Sicht der Senioren-AG:

1. die im systematischen Ausbau von Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation eine Schlüsselrolle sieht, damit der Alterungsprozess für den Einzelnen zu einem Gewinn werden kann und nicht scheinbar selbstverständlich zu einem Anstieg der Krankheits- und Pflegekosten führt.
2. die sich für die Durchführung von Gesundheitstagen einsetzt, die die vielfältigen Angebote der Träger vermitteln
3. die vorschlägt, die geriatrische Forschung stärker zu fördern und altersspezifische Erkrankungen und Belastungen wie z.B. im hohen Alter wiederkehrende traumatische Belastungen durch Kriegserlebnisse besser zu untersuchen und zu behandeln.

12. Pflege

Die Linke tritt für den Ausbau präventiver Angebote, insbesondere auch für ältere Menschen, sowie für eine wohnortnahe Vernetzung medizinischer und pflegerischer Leistungen ein. Menschenwürdige Pflege muss sich am tatsächlichen Bedarf von älteren und anderen hilfebedürftigen Menschen orientieren. Das erfordert eine ganzheitliche Pflege einzuführen, die auch Leistungen zur Befriedigung der sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen einschließt. Ganzheitliche Pflege erfordert die Überwindung der bisher bestehenden starren sektoralen Grenzen zwischen Prävention, Kuration, Rehabilitation und Pflege, die insbesondere Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsdefizite in der Pflege verursachen. Ganzheitliche und selbst bestimmte Altenpflege ist nicht in ein pflegefeindliches Zeitraster pressbar. Ziel der ganzheitlichen Pflege muss es sein, die Selbstständigkeit der zu Pflegenden zu fördern, zu erhalten oder wieder herzustellen, sich an den Möglichkeiten des Menschen und nicht an seinen Defiziten zu orientieren

Daran ist die Qualität der Arbeit aller an der Altenpflege Beteiligten zu messen. Wir unterstützen den Vorschlag für einen neuen erweiterten Pflegebedürftigkeitsbegriff, der die Überwindung der körperbezogenen Hilfeleistung und verbesserte soziale Teilhabe, auch für Demenzerkrankte vorsieht.

Wir treten dafür ein, die paritätische Finanzierung der Pflegeversicherung auch für Rentnerinnen und Rentner wieder herzustellen. Die Teilung in gesetzliche und private Pflegeversicherung und die damit verbundene Verschwendung öffentlicher Mittel, muss überwunden werden. Pflege soll bezahlbar bleiben.

Pflegebedürftige und ihre Angehörigen haben ein Recht auf zügige, qualifizierte Beratung und substanzielle Hilfe. Dafür fordern wir entsprechende Rahmenbedingungen. Monatelange Bearbeitungszeiten sind menschenverachtend und müssen der Vergangenheit angehören. Die Verantwortung des Gemeinwesens ist umso höher, je ausgedünnter die Dienstleistungsstruktur einer Region ist. Die freie Wahl zwischen ambulanter oder stationärer Pflege und alternativen Wohnformen muss gesichert werden. Der Beruf des Altenpflegers, in der ambulanten wie der stationären Pflege, verdient mehr gesellschaftliche Anerkennung. Das schließt eine höhere, der Qualifizierung entsprechende Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen, mehr Zeit für menschliche Zuwendung ein. Die Durchlässigkeit der Aus- und Weiterbildung vom Helferberuf bis zum Hochschulabschluss ist zu gewährleisten. Angesichts der wachsenden Anforderungen an die Pflegekräfte halten wir eine Flexibilisierung der Mindestquote des Anteils qualifizierter Pflegekräfte (bisher 50%) für kontraproduktiv. Diese Entscheidung ist rückgängig zu machen.

Alten und älteren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die ihren Lebensabend in Thüringen verbringen, muss der gleichberechtigte Zugang zu gesundheitlichen und pflegerischen Versorgungsleistungen gewährleistet werden. Obwohl sozial versichert, werden viele von ihnen durch einen anderen kulturellen Hintergrund und Sprachbarrieren daran gehindert, ihre Rechte voll wahrzunehmen. Geboten ist, ihnen den Zugang zum Gesundheits- und Pflegesystem durch kultursensible Altenhilfe zu erleichtern.

Daher fordert DIE LINKE:

empfohlen durch die Senioren-AG:

1. eine bedarfsorientierte Erschließung und Bündelung der Dienste, Hilfen und Einrichtungen der Altenhilfe mit einer ortsnah erreichbaren Angebotsstruktur in den Kommunen. Die Kommunen müssen solche Leistungen nicht selbst anbieten, aber sie haben einen Sicherstellungs- und Koordinierungsauftrag;
2. regelmäßige Pflegekonferenzen vor Ort. Sie dienen einer abgestimmten ressortübergreifenden Planungsverantwortung;
3. die absehbar zunehmende Zahl von Menschen mit Demenz mit ihren Versorgungsbedürfnissen in den Planungen zu berücksichtigen.

13. Wohnen

Ältere Menschen sind eine heterogene Gruppe mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen, Lebenslagen und Lebensstilen, die sich in unterschiedlichen Wohnformen und Wohnbedürfnissen spiegeln. Ebenso werden diese von vielfältigen Unterschieden beeinflusst wie z.B. dem zwischen Stadt und Land, den Erfahrungen von Stabilität oder Migration, der Einbindung in gemeinschaftliche Strukturen oder der Verlust von Familienangehörigen sowie vom individuell unterschiedlichen Grad der Gesundheit. Die Gesellschaft braucht zunehmend Instrumentarien, um die unterschiedlichen Bedürfnisse älterer Menschen herauszufinden und diesen gerecht zu werden. Hier ist es Aufgabe des Landes Thüringen und der Kommunen, Beteiligungsmöglichkeiten auszubauen, Menschen in Planungsprozesse einzubeziehen und eigenes bürger-

schaftliches Engagement durch Informations- und Beratungsangebote zu ermöglichen und zu unterstützen. Ziel muss dabei sein, vorhandene Vorbehalte der Ämter gegenüber Bürgerinnen und Bürger abzubauen und diese als gleichwertige Kooperations-Partner zu akzeptieren. Gleichzeitig gilt es, die wohnortnahen Angebote alltagspraktischer, hauswirtschaftlicher, pflegerischer und gesundheitlicher Hilfen auszubauen und die unterschiedlichsten Akteure zu vernetzen.

Während ein Teil der älteren Generation über ausreichende Ressourcen verfügt und vor allem logistische Hilfe braucht, benötigt ein größer werdender Teil die Sicherstellung bezahlbaren Wohnraumes. Mietrecht und Wohnungsbauförderung werden diesen veränderten Ansprüchen nicht hinreichend gerecht. Insoweit stehen besonders die Kommunen in der Verantwortung für sozialen Ausgleich. Das Altschuldenhilfegesetz muss weg!

Wir wenden uns nachdrücklich gegen die Privatisierung von kommunalem Wohnungseigentum, einer faktischen Enteignung der Bürger in Folge verfehlter Wohnungspolitik. Sie dient nicht selten der Profitmaximierung der immer häufiger als Käufer auftretenden Investmentgesellschaften, geht am Ende zu Lasten der Mieter und schränkt den Spielraum der Kommunen für die Daseinsfürsorge ein.

Altersgerechtes Wohnen muss stärker auf die individuellen Wohnbedürfnisse im Alter sowie auf die Sicherung bezahlbarer Mieten gerichtet sein. Wohnungsanpassung, Umbau in barrierefreie, altersgerechte Wohnungen durch kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen ist mit staatlichen Fördermitteln vorrangig zu unterstützen. Neue alternative Wohnformen sind durch das Land Thüringen und Kommunen zu fördern. Das betrifft generationenübergreifendes Wohnen eben so wie selbst organisierte Projekte jeglicher Zusammensetzung und neue Genossenschaftsformen.

Erhöhte Aufmerksamkeit in der Wohnungspolitik erfordert das betreute Wohnen. Die meisten älteren Menschen fühlen sich wohl in ihrer häuslichen Umgebung, wenn sie wissen, dass jemand da ist, auf den sie sich verlassen können, der ihnen bei ihren Alltagsorgen und Problemen hilft. Das selbstständige Leben in der eigenen Wohnung unter betreuter Aufsicht ist für über 95% der Seniorinnen und Senioren das erklärte Ziel für ihren Lebensabend. Ein hohes Maß an Unabhängigkeit und Komfort bei gleichzeitiger Sicherheit, im Bedarfsfall Hilfe zur Hand zu haben – diese Ansprüche verbinden viele ältere Menschen mit ihren Vorstellungen vom „Betreuten Wohnen“. Wir setzen uns dafür ein, entsprechende Wohnformen für Menschen im dritten Lebensabschnitt sowie für Behinderte und auch für von Einsamkeit bedrohte Menschen verstärkt zu fördern. Sie sollen eine selbstständige Lebensführung unterstützen, eine gesicherte Grundversorgung ermöglichen sowie eine barrierefreie und kommunikationsfördernde Gestaltung und Ausstattung von Wohnung und Wohnumfeld gewährleisten.

Seniorenrechtliches, betreutes Wohnen ist in Richtlinien des sozialen Wohnungsbaus mit bundesweiten Qualitätsstandards festzuschreiben und in Thüringen zeitnah umzusetzen. Gebraucht werden u.a. mehr Wohngruppen für Menschen mit Demenz. Die Leistungs- und Betreuungsangebote sind kritisch zu begleiten.

Für Menschen über 70 Jahre und Menschen mit Behinderung ist ein Sonderkündigungsschutz im Mietrecht zu regeln. Ein dem Einkommen und den Mietkosten angemessenes Wohngeld ist unbürokratisch zur Verfügung zu stellen.

Zur Unterstützung älterer Menschen bei der Wahl künftiger Wohnbedingungen sollten Beratungsstellen geschaffen bzw. ausgebaut werden. Mitarbeiter der Verwaltungen sind in Bezug auf altersgerechtes Wohnen besser zu schulen und anzuhaltend, mit dem Anliegen der Seniorinnen und Senioren gleichberechtigt umzugehen.

14. Sicherheit im öffentlichen Raum

„Sicherheit“ gewinnt im Alter zunehmend an Bedeutung und ist ungleich mehr als Schutz vor Kriminalität. Mit Sicherheit verbindet sich für Menschen im Alter die Gewissheit, gegenwärtig und künftig selbstbestimmt leben zu können, für die Wechselfälle des Lebens gewappnet zu sein, bei Hilfebedarf und Gefahr auf die Gemeinschaft rechnen zu können. Sicherheitsdefizite in der Gesellschaft haben für alte Menschen viele Gesichter. Dazu gehören die Ungewissheit über ihre künftige Rente und die Bezahlbarkeit medizinischer Leistungen, seelische und körperliche Verletzungen im Alltag, unterlassene Hilfe in der Pflege, Ängste vor Raub und Betrug oder im Dunkeln auf die Straße gehen zu müssen. Sicherheitsdefizite sind für alte Menschen ein direkter Verlust an Lebensqualität.

Als wertvolles Freiheitsgut muss der berechnigte Anspruch auf mehr „Sicherheit im Alter“ im Werteverständnis der Gesellschaft einen höheren Rang erhalten. Die politischen, sozialen, rechtlichen und infrastrukturellen Voraussetzungen sind durch die staatlichen Gremien in Thüringen und in den Kommunen mit dieser Zielstellung wirksamer auszugestalten und vorhandene Sicherheitsdefizite gezielt zu beseitigen.

Die Ängste alter Menschen vor Altersdiskriminierung und Gewalt sind ernster zu nehmen. Wichtigste Voraussetzung für die Zurückdrängung und Verhinderung offener und verdeckter Altersdiskriminierung in der Gesellschaft, auch durch Parlamente, Regierungen, Parteien und Medien, ist in Wort und Tat mehr „Achtung vor dem Alter“. Renten-, Leistungskürzungen und andere altersunfreundliche Entscheidungen sind immer auch Ausdruck einer fehlenden Wertschätzung für das Alter. Sie gehören deshalb auf den Prüfstand.

Prävention, auch gegen Bedrohungen alter Menschen durch Gewalt und Kriminalität, muss auf dem Wege zu mehr Sicherheit im Alter Vorrang haben. Hilfs- und Beratungsangebote sind auszubauen und Angriffe auf körperliche und seelische Unversehrtheit alter Menschen konsequenter juristisch zu verfolgen.

15. Zeugen der Zeitgeschichte

Viele unserer Zeitgenossen haben in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die enormen Veränderungen in Politik, Kultur und Technik sowie wenigstens einen verheerenden Weltkrieg, mit seinen Folgen und unzähligen Opfern selbst erlebt oder die politischen Akteure dieser Zeit persönlich kennen gelernt.

Wir heutigen Seniorinnen und Senioren waren in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf verschiedenste Weise an der Herausbildung beider deutscher Staaten und 1990 am Anschluss der DDR an die BRD beteiligt, waren vom Kalten Krieg und seinem unheilvollen Wettrüsten betroffen und hatten den Niedergang der sozialistischen Staaten in Europa zur Kenntnis zu nehmen.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind wir Zeugen einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich immer mehr als eine Gesellschaftskrise erweist und unsere Lebensverhältnisse direkt beeinflusst.

Wir haben die verhängnisvolle Wirkung des Antikommunismus kennen gelernt, seine geistigen Vorleistungen für die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, für die Machtübernahme der Nazis und die Bücherverbrennung, für Berufsverbote und die Übernahme alter Nazis in Staatsämter und erleben sie heute als ideologischen Nährboden einer gefährlichen Ausbreitung des Neonazismus.

Wir haben aber auch die Demokratiedefizite eines sich selbst sozialistisch nennenden Staates erlebt.

Deshalb halten wir Seniorinnen und Senioren uns für legitimiert und gefordert, unsere Sicht auf die selbst gelebte Zeit in die geschichtliche Debatte einzubringen. Durch die Aufarbeitung eigener Erlebnisse und geschichtlicher Erfahrungen wollen wir dazu beitragen, linke Antworten auf diese Entwicklung zu finden.

Wir bekennen uns selbstkritisch, aber auch selbstbewusst, zu unseren Biografien. Der sachlichen Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR und der Bundesrepublik, mit ihren unterschiedlichen historischen Abläufen und politischen Ereignissen, gilt unser besonderes Interesse.

Für die Aufarbeitung der Geschichte, über den gegenwärtigen Zeitgeist hinaus, wäre es nützlich, wenn wir als noch lebende Zeugen dieser ereignisreichen Zeit, nach kritischer Selbstbefragung und mit entsprechendem historischen Abstand, nachfolgenden Generationen eigene Erlebnisse, An- und Einsichten aus erster Hand erzählen, aufschreiben oder auf andere Art weitergeben.

Zeitzeugen können so zu Mittlern zwischen den Generationen werden. Ihre Berichte über Träume und Visionen, Wege und Irrwege, Gelungenes und Mislungenes könnten für Historiker späterer Zeit authentische Quellen für eine realistische geschichtliche Einordnung unserer Zeit sein.

Wir wissen, dass Zeitzeugenberichte nur die subjektive Sicht Einzelner wiedergeben können. In ihrer Gesamtheit jedoch, eingeordnet in die geschichtlichen Zusammenhänge, bilden sie ein wertvolles Stück kollektives Gedächtnis, das nicht verloren gehen darf.

16. Verhältnis zwischen Seniorinnen, Senioren und Partei

Wir sind Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten der Partei DIE LINKE und engagieren uns dafür, dass die Erfahrungen der Generation der Alten bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Seniorenpolitik in unserer Partei und der Gesellschaft ernst genommen werden. Wir verstehen uns als ein seniorenpolitisches Kompetenzzentrum der Partei und haben unsere Vorstellungen von gerechter Seniorenpolitik in diesen seniorenpolitischen Standpunkten niedergeschrieben. In Arbeitsgemeinschaften auf regionaler und Landesebene analysieren wir neue, für die Seniorenpolitik herangereifte Probleme und unterbreiten den Vorständen dazu unsere Vorschläge.

Wir arbeiten in Seniorenvertretungen und Seniorenverbänden, in Gewerkschaften und Bürgerinitiativen, werben dort für unsere seniorenpolitischen Positionen und sind für ihre Erfahrungen und Vorschläge offen.

In Seniorenklubs und mittels anderer Formen der Öffentlichkeitsarbeit organisieren wir für Seniorinnen und Senioren Möglichkeiten des Dialogs, der politischen Weiterbildung, der kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte, der Beschäftigung mit Kunst und Kultur und helfen Bürgerinnen und Bürgern bei der Klärung strittiger Fragen zur Rente und zum Rentenrecht.

Von den Leitungsgremien der Partei erwarten wir, dass die tatsächlichen Folgen des demographischen Wandels in ihrer Politik ernst genommen werden und die Seniorenpolitik als Teil der Gesamtpolitik der Partei eine Aufwertung erfährt. Wir sprechen uns dafür aus, dass in allen Regional- und Kreisverbänden der Partei die Bildung und die Arbeit von Seniorenarbeitsgemeinschaften unterstützt und in allen Vorständen des Landes- und der Kreisverbände seniorenpolitische Sprecherinnen oder Sprecher gewählt werden.